

**Inhalt**

I. Wann kommt es zu einem Disziplinarverfahren?	1
Verdachtsmomente	1
Pflicht zur Einleitung eines Verfahrens	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Wann kommt es zu einem Disziplinarverfahren?

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

„Bei der Frage, wann ein Disziplinarverfahren einzuleiten ist, treten in der Praxis immer wieder Schwierigkeiten und Fragen auf.“

Dieser Satz findet sich im Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21.10.2011, das das Ministerium an die Obersten Bundesbehörden und nachrichtlich an die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gerichtet hat. Fast jeder Beamte kommt im Laufe seiner Dienstzeit einmal in die Situation, dass er zumindest die Befürchtung hat, ein Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen zu müssen. Das kann unterschiedlichste Gründe haben, sei es der Unmut eines sich ungerecht behandelt fühlenden Bürgers, sei es ein Konflikt mit einem – ggf. über- oder untergeordneten – Kollegen oder einfach der Umstand, dass man sich tatsächlich etwas zu Schulden hat kommen lassen. Wann kommt es nun zum Disziplinarverfahren? Die Antwort auf diese Frage ist freilich auch dann von Bedeutung, wenn Sie selbst derjenige sind, der die Pflicht zur Einleitung des Verfahrens hat, zumal ein Versäumnis hier selbst wiederum ein Dienstvergehen darstellen kann.

Der heutige Beitrag soll Antworten auf die eingangs genannte Frage bringen. Die zentrale Vorschrift findet sich in § 17 Abs. 1 S. 1 BDG (Bundesdisziplingesetz). Sie lautet:

1. Verdachtsmomente

„Liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, hat der Dienstvorgesetzte die Dienstpflicht, ein Disziplinarverfahren einzuleiten.“

**Produktipp**

Schwegmann/Summer

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



11424 Seiten
Loseblattwerk zzgl. Aktualisierungslieferungen.
In 7 Ordnern
€ 299,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-8073-0166-2

[\[Mehr Info\]](#)

Das Besoldungsrecht regelt die Bezüge aller Beamten. Dieser unschlagbar detaillierte Praktiker-Kommentar erläutert alle Besoldungsgesetze von Bund und Ländern, sowie ausgewählte wichtige Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Alle zentralen, landesrechtlichen Regelungen zur Besoldung sind aktuell und umfassend dargestellt.

Ein Schwerpunkt für 2016 wird der weitere Aufbau der Kommentierung der Landesbesoldungsgesetze sein, die das Bundesrecht bereits durch eigenes Landesrecht abgelöst haben. In diesem Bereich ist die Kommentierung zum BayBesG bereits nahezu vollständig.

Ihr Vorteil: Unsere Experten, die in den Ministerien selbst an der Ausarbeitung der besoldungsrechtlichen Vorschriften mitwirken.



Es bedarf also zunächst gewisser tatsächlicher Umstände („zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“), die für das Vorliegen eines Dienstvergehens sprechen. Vermutung reichen nicht, es ist aber auch keine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür erforderlich, dass sich der Verdacht bestätigen wird.

Dass trotzdem frühzeitig eingeleitet werden muss – ein Ermessen besteht nicht, es gilt nämlich ebenso wie im Strafverfahren das sog. Legalitätsprinzip – dient insbesondere auch dem Schutz des Beamten, möglichst frühzeitig vom Recht auf Beweisteilhabe nach § 24 Abs. 4 BDG Gebrauch machen zu können und auch positiv auf das Strafmaß Einfluss nehmen zu können, etwa durch Wiedergutmachung eines eingetretenen Schadens. In die Pflicht genommen wird hierbei der unmittelbare Dienstvorgesetzte. Dieser hat – wie bereits dargelegt – kein Ermessen, sondern muss bei Vorliegen entsprechender Verdachtsmomente das Disziplinarverfahren einleiten. Unterlässt er dies schuldhaft, setzt er sich selbst der Gefahr aus, dass gegen ihn wiederum ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden muss. Hierdurch soll verhindert werden, dass Dienstvergehen „unter den Teppich gekehrt“ werden. Das kann für den Dienstvorgesetzten zu sehr schwierigen Entscheidungen führen, sei es aufgrund eines besonders guten Verhältnisses zum Beamten, sei es aufgrund eines eher schlechten Verhältnisses, was hierdurch noch mehr verhärtet wird.

2. Pflicht zur Einleitung eines Verfahrens

Die Einhaltung der Pflicht wird durch § 17 Abs. 1 S. 2 BDG abgesichert, wonach der höhere Dienstvorgesetzte und die oberste Dienstbehörde im Rahmen ihrer Aufsicht die Erfüllung der Pflicht zur Einleitung sicherstellen und das Disziplinarverfahren jederzeit an sich ziehen können. Auch Zweckmäßigkeitserwägungen verbieten sich als Motiv für die Nichteinleitung. Eine Art Ausnahmen hiervon finden sich lediglich in §§ 14 und 15 BDG. Sie stellen eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips dar. § 14 BDG regelt Ahndungsverbote im Anschluss an bestimmte strafprozessuale Ergebnisse.

§ 15 BDG regelt hingegen Maßnahmeverbote wegen Zeitablaufs. Interessant und vor allem für den Dienstvorgesetzten speziell zu beachten ist der Grundsatz des Individualprinzips. Während im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auch gegen mehrere „Beschuldigte“ in einem Verfahren ermittelt und vorgegangen werden kann, ist auch bei gemeinschaftlicher Begehung von Dienstvergehen gegen jeden Beamten ein gesonderes Ermittlungsverfahren einzuleiten.

*Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht*

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Antrag auf Versetzung aus sozialen Gründen – Teil IV: Richtige Antragstellung](#)

[Antrag auf Versetzung aus sozialen Gründen – Teil III: Verschiedene Versetzungsarten und Ermessensausübung bei Schwerbehinderten](#)

[Antrag auf Versetzung aus sozialen Gründen – Teil II: Soziale Gründe und richtige Ermessensausübung](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).

Der Blog zum Beamtenrecht



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)



Produktipp

Ganssen
Disziplinarrecht in Bund und Ländern
Kommentar



3846 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:

Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)